

„Northeim muss lebenswert bleiben“

Wolfgang Haendel (SPD)

NORTHEIM - Die Stadt Northeim ist hoch verschuldet. 44,2 Millionen Euro beträgt das Defizit Ende 2007 im Verwaltungshaushalt. Seit Jahren versuchen Rat und Verwaltung eine sparsame Haushaltsführung. Wolfgang Haendel, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt Northeim, reagierte auf die Äußerung des Ratsmitglieds Heiner Hegeler (CDU), der die SPD auffordert, Farbe zu bekennen und meint, der Besuch des Innenministeriums sei als Bankrotterklärung des Bürgermeisters zu werten (HALLO berichtete). Welchen Bürgermeister meint er, fragt Haendel in der Pressemitteilung. Die CDU/FDP-Mehrheitsgruppe mit Bürgermeister Dr. Voigt (CDU) erreichte von 1996 bis 2001 ein Defizit von 31,7 Millionen Euro. Kämmerer und Erster Stadtrat war von 1998 bis 2006 Heiner Hegeler. Bürgermeister Irnfried Rabe (FDP) konnte die Erhöhung des Defizits auf 43,5 Millionen Euro während seiner Amtszeit nicht verhindern. Eine allein verantwortliche Mehrheitsgruppe gab es im Rat von 2001 bis 2006 nicht. „Die Kommunalaufsicht fordert eine striktere Haushaltspolitik der Stadt Northeim, es dürften keine neuen Schulden entstehen, das Defizit früherer Jahre müsste abgebaut werden. Mit den Verhandlungen zur Rückgabe der NoWoBau-Anteile ist Bürgermeister Kühle ein erster wichtiger

Schritt gelungen. Statt 800.000 Euro, die zunächst beschlossen wurden, sind es 1,54 Millionen Euro für die Entlastung des städtischen Haushaltes geworden. Für das Jahr 2007 hätte Bürgermeister Kühle mit der Mehrheitsgruppe SPD/FDP seit Jahren erstmals einen ausgeglichenen Haushalt ohne Bedarfszuweisung erreichen können“, sagt Haendel. Allein die Steuerausfälle im vierten Quartal einer Northeimer Firma sowie die Deckensanierung im Corvinianum machten einen Strich durch diese Rechnung. Weitere Entscheidungen sind zu treffen und nach einer Aufgabenkritik die Personalentwicklung zu aktualisieren“, erläutert der SPD-Fraktionsvorsitzender. Bei allen Überlegungen gelte es aber, das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben in der Stadt zu erhalten. „Northeim muss lebenswert bleiben, Einsparungen dürfen nur mit Augenmaß vorgenommen werden.“ Auch die von allen Fraktionen geforderte bedarfsgerechte Kinderbetreuung sei zu berücksichtigen. Das Land Niedersachsen müsse an seine Verantwortung für die Kommunen und deren finanzielle Ausstattung für notwendige Ausgaben erinnert werden. „Die kommunale Selbstverwaltung, Erleben von Demokratie vor Ort, ist ein hohes Gut und darf nicht auf ein Gerippe ohne Gestaltungsmöglichkeiten des Rates schrumpfen.“